Altersarmut: Die überschätzte Gefahr

25.04.16 | Berlin

Altersarmut: Die überschätzte Gefahr

Die Renten werden weiter steigen - weil das System solide ist

Wird es schon bald massenhaft Altersarmut geben? Stehen Millionen Rentner vor dem sozialen Abstieg? Das könnte man vermuten angesichts der Debatten in der Politik. Doch so ist es nicht. Das System der gesetzlichen Rente funktioniert, und das wird es auch in Zukunft.

Das zeigt beispielsweise der aktuelle Rentenbericht von Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD). Demnach werden die turnusmäßigen Rentenerhöhungen bis 2029 durchschnittlich bei mehr als zwei Prozent im Jahr liegen. Das bedeute ein Plus von zusammengenommen rund 41 Prozent. Real, also bereinigt um die voraussichtliche Preissteigerung, werden die Renten also dann mindestens 15 Prozent mehr wert sein als heute. Anders ausgedrückt: Eine Monatsrente von heute 1000 Euro steigt auf 1410 Euro und wäre, in heutigen Preisen, 1150 Euro wert. Von Altersarmut unter den aktuell 20 Millionen Rentnern kann daher nicht die Rede sein.

Und das Rentenniveau, also die Altersbezüge bezogen auf frühere Einkommen? Es wird im Prognose-Zeitraum von heute 47,7 Prozent auf dann noch 44,6 Prozent sinken. Das ist allerdings politisch gewollt: Damit das Rentensystem trotz der Alterung der Gesellschaft finanzierbar bleibt, sind

zwei Faktoren in die Rentenformel eingebaut worden. Der eine ist der Nachhaltigkeitsfaktor, der die jährlichen Rentenanpassungen bremst, wenn die Zahl der Rentner schneller steigt als die der Beitragszahler. Der andere Faktor berücksichtigt die Beitragssätze: Steigen sie, fallen die Rentenanpassungen geringer aus.

Beide Faktoren führen dazu, dass die Renten langsamer steigen als die Löhne. Trotzdem steigen sie weiter. Und womöglich stärker, als es heute absehbar ist. Schon in den vergangenen Jahren hat der Arbeitsmarkt geboomt. Hält der Trend an, profitieren auch die Rentner.

Wer aber beide Faktoren abschaffen will, riskiert Schäden für den Standort Deutschland. Das Rentenniveau auf 50 Prozent anzuheben, würde laut Arbeitsministerium einen Beitragssatz von 24,3 Prozent im Jahr 2030 erfordern. Die Beitrags- und Steuerzahler müssten dann 27,6 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich aufbringen. Das würde der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erheblich schaden und die Nettoverdienste der Beschäftigten verringern.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

BDA-Positionspapier

Altersarmut: Die überschätzte Gefahr

Positionspapier der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Download (PDF 1,46 MB)

Ihr Ansprechpartner zum Thema "Rente"

Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] uvb-online.de

Download VCF